

Mayer, Benoit/Crépeau, Francois 2017: Research Handbook on Climate Change, Migration and the Law. London: Edgar Elgar.

Mayer, Till 2014: Ein Schiff zwischen den Häusern. Ein Jahr nach Taifun „Haiyan“. Online: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/philippinen-taifun-haiyan-die-situation-ein-jahr-danach-a-999509.html> (eingesehen am 23.4.2018).

Mellmann, Anne-Katrin 2017: Kein Stein mehr auf dem anderen. „Irma“ in Barbuda und Haiti. Online: <https://www.tagesschau.de/ausland/irma-175.html> (eingesehen am 23.4.2018).

Mibr, Anja 2017: Climate justice, migration and human rights. In: Manou et al. 2017: 45-67.

Milanovic, Branko 2016: Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht. Berlin: Suhrkamp.

Müller-Jung, Joachim 2018: Der Planet steht, das System wankt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.4.2018. Online: <http://www.faz.net/aktuell/wissen/erde-klima/der-planet-steht-das-system-wankt-der-klimawandel-zeigt-sich-radikaler-denn-je-15545724.html> (eingesehen am 23.4.2018).

Myers, Norman 2002: Environmental refugees: A growing phenomenon of the 21st century. In: Philosophical Transactions of the Royal Society B, 357(1420): 609-613.

Nida-Rümelin, Julian 2017: Über Grenzen Denken. Eine Ethik der Migration. Hamburg: Edition Körber Verlag.

OECD 2013: International Migration Outlook 2013, Organisation for Economic Co-operation and Development. Paris.

Oltmer, Jochen 2017: Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart. Darmstadt: wgb Theiss.

Stern, Nicolas 2007: Stern Review Report on the Economic of Climate Change. Cambridge: Cambridge University Press.

United Nations High Commissioner for Refugees 2016: Jahresbericht 2016. Online: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/shop/media/pdf/62/04/9f/Jahresbericht-2016-Endversion.pdf> (eingesehen am 24.4.2018).

United Nations High Commissioner for Refugees 2017: Global Trends. Forced Displacement in 2016. Online: <http://www.unhcr.org/statistics/unhcrstats/5943e8a34/global-trends-forced-displacement-2016.html> (eingesehen am 23.4.2018).

Warner, Koko/Afifi, Tamer 2013: Where the rain falls: Evidence from 8 countries on how vulnerable households use migration to manage the risk of rainfall variability and food insecurity, Climate and Development, 6:1, 1-17, DOI: 10.1080/17565529.2013.835707.

Zero Draft Global Compact on Migration 2018: <http://www.nepad.org/resource/au-2003-maputo-declaration-agriculture-and-food-security> (Version vom 5.2.2018) (eingesehen am 21.4.2018).

Zuwanderung und globale Migration als Herausforderung der Demokratie

Herfried Münkler

Dass die Demokratie bzw. der Demokratisierungsgrad einer politischen Ordnung mit der Liberalität einer Gesellschaft bei der Aufnahme von Fremden Hand in Hand gehe und beide sich wechselseitig stützen und fördern, ist eine zwar häufig zu hörende, aber kaum zutreffende Sicht der Dinge. Vielmehr war es in den

jüngsten Konflikten, die in den USA wie in den europäischen Gesellschaften über Migration, Zuwanderung und Integration ausgetragen wurden, fast immer der Rechtsstaat, also die Begrenzung des Volkswillens durch Normen und Regeln oder dessen Überprüfung durch Gerichte, der die Türen offengehalten und Auf-

nahmekapazitäten für Geflüchtete sichergestellt hat. Währenddessen hat eine beträchtliche, mit steigendem Migrationsdruck beständig wachsende Gruppe der Wahlbevölkerung sich gegen die Aufnahme von Migranten oder zumindest doch für eine strikte Begrenzung von Zuwanderung ausgesprochen. In einigen Ländern stellte diese Gruppe schließlich die Mehrheit und selbst dort, wo sie in der Minderheit blieb, trat sie mit dem Anspruch auf, den wahren Volkswillen zu verkörpern. Die politischen Formeln, die dabei lanciert wurden, reichten vom „Kontrollverlust des Staates“ bis zur Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung („Umvolkung“), und solche Formeln fanden bei den Wählerinnen und Wählern offene Ohren.

1 | *ethnos* und *demos*

Die Verteidigung humanitärer Standards musste und muss gegen einen vorgeblichen oder tatsächlichen Volkswillen immer wieder verteidigt und aufrechterhalten werden. Der *demos* hat eine fatale Neigung, sich als *ethnos* zu definieren (vgl. Francis 1965: 42 ff.). Alle, die der damit in Anspruch genommenen Identität, sei sie nun ethnischer, kultureller oder religiöser Art, nicht entsprechen, sollen vom Zutritt zum Staatsgebiet, vom Anspruch auf Hilfe und vom Zugang zu gleichen Rechten (Staatsbürgerschaft) ausgeschlossen werden. Im Deutschen ist das Risiko einer Ineinssetzung von *demos* und *ethnos* besonders groß, weil das Wort „Volk“ hier beides zugleich bedeutet und einige politische Akteure gerne mit dieser Doppeldeutigkeit des Begriffs spielen.

2 | Exklusionsneigung der athenischen Bürgerschaft

Die latente Neigung zur Schließung der Demokratie gegenüber als „fremd“ etikettierten Anderen ist freilich nicht neu und keineswegs eine erst in den Zeiten der globalen Migrationsbewegungen zu beobachtende Reaktion. Sie lässt sich bereits in der attischen Demokratie ausmachen. Dabei wuchs die Exklu-

sionsneigung der athenischen Bürgerschaft offenkundig parallel zu dem Ausmaß, in dem die bürgerschaftlichen Rechte, unabhängig von Landbesitz und Steueraufkommen, ausgeweitet wurden und auch die unteren Schichten der Stadt, die Tagelöhner eingeschlossen, an der politischen Ordnung partizipierten.

Dass die „radikale Demokratie“, wie man die politische Ordnung Athens seit den Reformen des Ephialtes genannt hat (Welwei 1999: 91 ff.; Meier 1980: 113 ff.), eine sehr viel stärkere Exklusionsneigung hatte als die oligarchischen Regime im antiken Griechenland oder auch die von den mittleren Schichten einer Stadt getragene „gemäßigte Demokratie“, lässt sich indes leicht aus den sozialen Gepflogenheiten der aristokratischen und kaufmännisch-großhändlerischen Schichten erklären: Sie waren über die Städte hinweg vernetzt, pflegten dementsprechend zu heiraten und hatten zumeist auch Landbesitz, der nicht zum städtischen Territorium gehörte und aus dem sie einen Teil ihrer Einkünfte bezogen. Gerade die Kaufleute waren auf Sozialkontakte angewiesen, die stärker zwischenstädtisch als innerstädtisch waren, und demgemäß unterhielten sie „Nutzenfreundschaften“, die weit über die Grenzen einer Stadt hinausgingen, die sich als politisch-demokratischer Verband konstituiert hatte.

Das alles war bei den kleinen Handwerkern und Händlern Athens, den Bauern in Attika und den Tagelöhnern im Hafen von Piräus nicht der Fall: Ihre Lebenswelt war auf die Stadt und deren unmittelbare Umgebung beschränkt. Deswegen waren für sie alle, die nicht zu dieser Lebenswelt gehörten, sondern von außen kamen, im buchstäblichen Sinn Fremde. Die Verfassungskämpfe im Griechenland des 5. und 4. vorchristlichen Jahrhunderts können darum auch als ein Konflikt um die verbindliche Definition von Identität und Alterität begriffen werden. Der Aspekt eines sozioökonomisch weiteren und engeren „Gesichtsfeldes“ wurde durch die kulturell-religiöse Zugehörigkeit zur Gemeinde (Ehrenberg 1965: 47 f.) verstärkt, die der Aufnahme von Fremden entgegenstand und von den politischen Parteien demgemäß instrumentalisiert werden konnte.

Da in der Ära der Tyrannis die jeweiligen Machthaber viele „Fremde“ eingebürgert hatten, um ihre Anhängerschaft in der Stadt zu vergrößern (ebd.: 48), entwickelte sich in den Demokratien eine starke Aversion gegen die Verleihung des Bürgerrechts an fremde Adlige oder Söldner, die sich schnell als Anhänger eines Tyrannen entpuppen konnten. „Gegen leichtfertige Aufnahme von Neubürgern“, so diese Politik affirmierend der Althistoriker Victor Ehrenberg, „gab es mancherlei Sicherungen, wie denn ihr Überhandnehmen schon mit dem 4. Jh. ein Zeichen des Niedergangs ebenso der Politik wie der Bedeutung des Bürgerrechts darstellt“ (ebd.: 49). Tatsächlich haben die Athener um das Jahr 450 v. Chr. unter Perikles, also in der Zeit der „radikalen Demokratie“, ein Gesetz erlassen, wonach ein Bürger väterlicher- wie mütterlicherseits seine athenische Abstammung bis in die zweite bzw. dritte Generation nachweisen musste. Dagegen spielte es in Sparta, dem oligarchischen Kontrahenten Athens, keinerlei Rolle, ob die Mutter eines jungen Mannes aus Sparta stammte oder nicht (Tarkiainen 1972: 162).

Das konservative Sparta war somit bei der Vergabe von staatsbürgerlichen Rechten um einiges liberaler als das progressive Athen, das parallel zur inneren Demokratisierung mit seiner vorherigen liberalen Tradition brach. Wie lässt sich das erklären? Ausschlaggebend dafür dürfte gewesen sein, dass Athen zu diesem Zeitpunkt damit begann, den Bürgern für politische Tätigkeiten Diäten zu zahlen, von der Mitarbeit in den Dikasterien über die Teilnahme an der Volksversammlung bis zum Theaterbesuch, und dass die unteren Schichten, die davon vor allem profitierten, kein Interesse daran hatten, diese Zuwendungen mit den aus ihrer Sicht „Fremden“ teilen zu müssen. Zu den Diäten kam noch die Verteilung von Lebensmitteln hinzu, bei der nicht Bedürftigkeit, sondern das Staatsbürgerrecht die entscheidende Rolle spielte (ebd.: 154). Da die Menge des zu Verteilenden gleich blieb, legten die unteren Schichten darauf Wert, dass sich die Zahl der Anspruchsberechtigten nicht erhöhte.

3 | Der Aufstieg xenophob rechtspopulistischer Parteien in den Demokratien der Gegenwart

Der Blick in die Anfänge der Demokratie in Europa gibt somit einige Hinweise, die für den Aufstieg xenophob rechtspopulistischer Parteien in den Demokratien der Gegenwart von Relevanz sein können. Was wir seit zwanzig bis dreißig Jahren beobachten, sind gegenläufige Reichtumsentwicklungen im globalen und im nationalen Maßstab: Während sich der Abstand zwischen den alten Industriestaaten der nördlichen Hemisphäre und den so genannten Schwellenländern in jüngster Zeit signifikant verkleinert hat, ist die soziale Spreizung innerhalb der alten Industriestaaten des Nordens deutlich angewachsen (Milanovic 2016; Bude 2016). Diese Entwicklung, die als eine Veränderung zu mehr globaler Gerechtigkeit begriffen werden kann, wird von der unteren Mitte der alten Industriegesellschaften jedoch als eine ungerechte Benachteiligung und als Abgehängt-Werden wahrgenommen, auf die Viele mit dem verstärkten Wunsch nach nationaler Schließung reagieren. Sie wollen durch die Wahl von Parteien, die ihnen solches versprechen, wieder zurück in die soziale Sicherheit einer vorglobalen Wirtschaftsordnung, in der für die soziale Position und die sich bietenden Aufstiegsmöglichkeiten die nationale Zugehörigkeit letzten Endes wichtiger war als der Arbeitsplatz und die jeweilige Leistungsfähigkeit in der Gesellschaft (Shachar 2009; Boatcă 2016).

Bei einer solchen Beschreibung der Zuwanderung als Herausforderung der Demokratie sind untere Mittelschicht und Unterschicht diejenigen, die auf Schließung drängen, weil die prinzipiellen Vorteile einer globalen Ökonomie bei ihnen als Nachteile ankommen bzw. von ihnen als solche wahrgenommen werden. Es sind dann Kämpfe um die Verteilung knapper Ressourcen. Bei einem unbefriedigenden Ausgang dieser Kämpfe stauen sich Ressentiments auf, die zu einer Herausforderung der Demokratie durch Zuwanderung werden.

Diese Herausforderung erwächst daraus, dass Zuwanderung, zumal eine aus fremden

Kulturen, als Ursache der sozialen Spaltung wahrgenommen wird, dass in Reaktion darauf in verstärktem Maße rechtspopulistische Parteien gewählt werden und dies wiederum zu einer politischen Polarisierung führt, die das Regieren erheblich erschwert, wenn nicht in struktureller Unregierbarkeit endet. Das Problem entsteht danach nicht unmittelbar in der politischen Ordnung, sondern hat seinen Ursprung in der Gesellschaft, genauer: im sozioökonomischen Bereich, und dringt von hier aus in das politische System ein. Es geht also um die entsprechende Reaktion der Politik, die ihre Sorge und Aufmerksamkeit wieder den Abgehängten der eigenen Gesellschaft (bzw. denen, die sich als solche wahrnehmen) zuwenden, Unterstützungsprogramme, etwa bei der Wohnraumversorgung, auflegen und für eine breite Einkommenssteigerung im unteren Segment der Gesellschaft sorgen soll. Ein Instrument für eine solche Einkommenssteigerung ist die Verknappung des Arbeitskräfteangebots: Durch die Begrenzung oder Blockierung des Zuzugs von Arbeitskräften aus anderen Ländern lässt sich, so die Erwartung, derlei erreichen.

4 | Reiche Gesellschaften sind auf Migration angewiesen

Der Beobachtung, dass Migration, regionale ebenso wie globale, zur Bildung von „Reservearmeen“ auf dem Arbeitsmarkt führen kann und diese „Reservearmeen“ im Ergebnis einen Effekt von Lohndrückerei haben, steht freilich der Umstand gegenüber, dass reiche Gesellschaften mit einer ausgeprägten gesellschaftlichen Mitte nicht in der Lage sind, sich biologisch zu reproduzieren und darum, wenn sie demografisch nicht schrumpfen wollen, auf Zuwanderung angewiesen sind. Sie sind dies umso mehr, je geringer ihre sozioökonomische Elastizität ist, und diese schwindet mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats. Der ist nämlich auf gleichbleibende, wenn nicht sogar steigende Einzahlungen in die Sozialsysteme angewiesen. Einen Rückgang der Beschäftigtenzahl bei einer gleichbleibenden oder weiter

ansteigenden Zahl von Leistungsempfängern kann der Wohlfahrtsstaat nur im Rahmen zyklischer Schwankungen, aber nicht als strukturelle Folge einer schrumpfenden Bevölkerung verkraften, ohne selbst dem Imperativ eines drastischen Rückbaus ausgesetzt zu sein, der vor allem die unteren Schichten treffen dürfte. Insofern sollten – im Sinne einer langfristig angelegten rationalen Interessenverfolgung – gerade diese Schichten ein Interesse daran haben, dass die Demographie eines Landes mittel- und langfristig stabil bleibt. Die Alternative zum Rückbau des Sozialstaats infolge schrumpfender Arbeitsbevölkerung ist eine erhebliche Ausweitung der Lebensarbeitszeit, was ebenfalls die unteren Schichten der Gesellschaft, die einer körperlich belastenden Arbeit nachgehen, erheblich härter treffen dürfte als diejenigen, die im Arbeitsprozess geringeren körperlichen Anstrengungen ausgesetzt sind (Münkler/Münkler 2016: 119 ff.).

5 | Dilemma der unteren Gesellschaftsschichten

Im Hinblick auf seine politischen Optionen und das damit verbundene Wahlverhalten stecken die unteren Gesellschaftsschichten, die von einer globalisierten Ökonomie nur marginal profitieren oder wesentlich deren negativen Effekten ausgesetzt sind, also in einem Dilemma: Um die Bildung von „Reservearmeen“, insbesondere im Dienstleistungsbereich, zu verhindern und mit Hilfe einer Verknappung des Angebots an Arbeitskraft Lohnerhöhungen durchsetzen zu können, wollen sie nicht nur Zuwanderung begrenzt, wenn nicht überhaupt verhindert wissen, sondern müssen auch gegen die Freizügigkeitsregelungen innerhalb der EU opponieren, die zurzeit und wohl auf längere Sicht einen lohndrückenden Effekt haben. Dieser Aspekt kam im Abstimmungsverhalten der Briten beim Votum für den EU-Austritt (Brexit) zum Tragen, und von ihm profitieren notorisch die rechtspopulistischen Parteien in den Mitgliedsländern der EU.

Dem stehen die Erwartungen derselben Schichten an einen funktionierenden Sozial-

staat gegenüber, und das umso mehr, je älter die Menschen werden und je länger sie auf eine bezahlbare und menschenwürdige Pflege im Alter angewiesen sind. Das spricht, wenn die biologische Reproduktionsrate nicht ausreicht, für eine soziale Reproduktion durch Zuwanderung, und das wiederum legt eine Präferenz für die weitere Liberalisierung der Arbeitsmärkte nahe. Dieses Dilemma mündet in der Demokratie in eine Präferenzentscheidung, bei der die Wähler eine Entscheidung zu treffen haben. Das demokratiepraktische Problem dieser Präferenzentscheidung besteht indes darin, dass gerade die unteren Schichten dazu neigen, in solchen Situationen die kurzfristigen Aspekte gegenüber den längerfristig angelegten Perspektiven zu bevorzugen. Mit dem politischen Gewicht, das infolgedessen die rechts- wie linkspopulistischen Parteien in den Parlamenten bekommen, wird die demokratische Ordnung in ihrer Problemwahrnehmung und -bearbeitung zunehmend auf Kurzfristigkeit umgestellt, sodass längerfristige Herausforderungen insgesamt in den Hintergrund treten. Das kann sich zu einem strukturellen Defizit der Demokratie auswachsen (Priester 2012: 55 ff.).

6 | Die Innovationsfeindlichkeit gealterter Gesellschaften

Eine weitere Herausforderung kommt hinzu, die zunächst weniger die demokratische Ordnung als vielmehr die sozioökonomische Innovationsbereitschaft einer Gesellschaft betrifft: Gealterte Gesellschaften sind nämlich innovationsfeindlich: Wo junge Gesellschaften Chancen und Perspektiven sehen, sehen gealterte Gesellschaften überwiegend Risiken und Gefahren. In ideal organisierten Gesellschaften wirken die beiden konträren Perzeptionen komplementär und gleichen dadurch deren zyklisches Auf und Ab zu einer kontinuierlichen Betrachtung von Chancen und Risiken im Hinblick auf die gegebenen Rahmenbedingungen aus. Beim Blick auf diese Rahmenbedingungen ist freilich festzuhalten, dass von globalisierten Ökonomien ein größerer Innovationsdruck

ausgeht als von Nationalökonomien bzw. einer Stadt-, Dorf- oder Hauswirtschaft. Die negativen Effekte eines relativen Zurückbleibens sind bei technischen und ökonomischen, aber auch sozialen Veränderungen sehr viel größer als in kleinräumigen Wirtschaftssystemen. Gealterte bzw. überalterte Gesellschaften befinden sich somit in einer globalisierten Ökonomie im strukturellen Nachteil, wenn in ihnen über die demokratischen Rückkoppelungsmechanismen diese Innovationsaversion politisch zum Tragen kommt. Wie lässt sich dieser strukturelle Nachteil ausgleichen, ohne dass die Demokratie selbst in Frage gestellt wird?

7 | Die demografische Stabilisierung einer Gesellschaft durch Zuwanderung

Die demografische Stabilisierung einer Gesellschaft durch Zuwanderung läuft in der Regel auf deren Verjüngung hinaus, und wenn diese Zuwanderung politisch und wirtschaftlich entsprechend gesteuert wird, dann werden durch sie genau die Arbeitsbereiche einer Gesellschaft ergänzt und aufgefüllt, in denen akuter Mangel herrscht oder doch vorhersehbar ist. So jedenfalls der Idealfall. Nun folgen regionale wie globale Migrationsbewegungen aber nicht den Erfordernissen der Aufnahmeländer (Pull-Effekt), sondern werden, zumal dann, wenn sie kataklysmische Züge annehmen, durch Krisen und Katastrophen in den Herkunftsländern der Migranten in Gang gesetzt (Push-Effekt). Sie passen also nicht mit den Bedürfnissen der Aufnahmeländer zusammen: Sind diese an einer kontinuierlichen und im Hinblick auf ihre Arbeitsmärkte spezifizierteren Zuwanderung interessiert, so erfolgt Migration zumeist wellenförmig. Die Menschen, die kommen, bringen häufig nicht die Ausbildungsvoraussetzungen mit, die vonnöten wären, um sie zügig in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis integrieren zu können. Also ist Empowerment erforderlich, eine längerfristig angelegte Investition in die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Geflüchteten, die sie für den Arbeitsmarkt des Aufnahmelandes kompatibel macht und gleichzeitig dafür sorgt, dass es nicht zu einer strukturellen Unter-

schichtung der Aufnahmegesellschaft kommt (Münkler/Münkler 2016: 264 ff.).

Auf diese Weise kann für die Migranten wie die aufnehmende Gesellschaft eine Win-Win-Konstellation entstehen: Weil beide Seiten auf längere Sicht von einer gelingenden Integration profitieren, sind beide Seiten auch an deren Gelingen interessiert. Das ist der Idealfall. Damit er realisiert werden kann, muss in Demokratien freilich für ihn geworben werden. Das hat zur Voraussetzung, dass gegen eine kurzfristige Betrachtung längerfristige Perspektiven zum Tragen gebracht werden können. Bei dem Werben für sie sollte der Hinweis auf das Innovationserfordernis eine wichtige Rolle spielen.¹

8 | Der Fremde als sozialer Ideengeber und Träger des Neuen

Neben der sozialstatistischen Verjüngung von Gesellschaften durch Zuwanderung spielt ein spezifischer Effekt der Anwesenheit von Fremden noch eine wichtige Rolle, wie er vor allem von Wirtschaftshistorikern und Soziologen, etwa Werner Sombart (1913: 393 ff.) und Georg Simmel (1992: 509 ff.), beobachtet worden ist. Danach war es die verstärkte Anwesenheit von Fremden, die in Europa zum Übergang von einer stationären in eine dynamische Ökonomie geführt hat. Der Fremde ist per definitionem kein Bestandteil der bestehenden Ökonomie und dementsprechend auch nicht auf deren Konservieren gepolt. Er wird damit zum sozialen Ideengeber und Träger des Neuen. Er bringt ein Element des Innovativen in die Gesellschaft, und sei es bloß dadurch, dass er das Bestehende zur Selbstüberprüfung und Rechtfertigung nötigt. Da ihm das Einbringen des Innovativen im politischen Bereich in der Regel verwehrt ist, weil dort seine Fremdheit mit diskriminierenden Regeln umstellt ist (was sich bis in liberale Demokratien hinein beobachten lässt), konzentriert er sich zwangsläufig auf das Wirtschaftsleben, wo er Veränderungen anstößt und Modernisierungen durchsetzt. Es waren und sind immer wieder Fremde, die zu Erneuerern von Wirtschaftsordnungen wurden und werden.²

Es sind indes nicht nur Innovation und Modernisierung, die von den Fremden mitgebracht werden, sondern häufig auch ein in Relation zur Aufnahmegesellschaft höherer Leistungswille und eine größere Arbeitsbereitschaft. Die wiederum setzen vor allem die untere Mittelschicht unter Druck und erhöhen deren Neigung zur Schließung der Gesellschaft gegenüber Fremden. Auf der anderen Seite werden Leistungswillen und Arbeitsbereitschaft von einem Streben nach Anerkennung begleitet, das in der Aufnahmegesellschaft zumeist nicht befriedigt wird, was dann seinerseits zu einer Integrationsblockade wird. In der Regel fordert die Aufnahmegesellschaft den Migranten eine größere Frustrationstoleranz ab als ihren ursprünglichen Mitgliedern. Gelingende Integration dagegen führt zu Modernisierung der Gesellschaft und Innovationsdynamik der Wirtschaft, wie sich das an der Geschichte der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg und der im Ergebnis gelungenen, aber nicht immer einfachen Integration von Millionen Kriegsflüchtigen und Vertriebenen zeigen lässt: Sie brachen verkrustete regional konfessionelle Strukturen auf und setzten eine soziale Modernisierung in Gang, von der das Land lange zehrte.

9 | Gibt es eine Grenze der Integrationsfähigkeit von Gesellschaften?

Aber gibt es nicht auch eine Grenze der Integrationsfähigkeit von Gesellschaften, die weniger mit der Aufnahmekapazität des Arbeitsmarktes, um die es bislang ging, und mehr mit der Kohäsion des soziopolitischen Verbandes, also dem Vertrauen der Bürger zueinander zu tun hat? In einer Reihe von Arbeiten hat Robert Putnam (1993, 2000) dieses wechselseitige Vertrauen der Bürger zueinander bzw. ihre bürgerschaftliche Vertrautheit untersucht und gezeigt, dass Demokratien nur dann und nur dort funktionieren, wo solches Vertrauen und besagte Vertrautheit vorhanden sind, während sich dort, wo das erforderliche Maß dessen unterschritten wird, erhebliche demokratische Defizite beobachten lassen. Man kann daraus, wie dies Paul Collier und Alexander Betts (2017)

sowie zuvor bereits Putnam selbst (2007) getan haben, so etwas wie eine „Obergrenze“ für die soziale Integrationsfähigkeit demokratischer Gesellschaften ableiten. Es dürfte sich dabei jedoch nicht um eine absolute Größe handeln, die statistisch ermittelt werden kann. Wo die jeweilige „Obergrenze“ liegt, hat mit der soziokulturellen Offenheit einer Gesellschaft und ihrer spezifischen Integrationsbereitschaft zu tun, also mit ihrem Wissen um die Angewiesenheit auf Zuwanderung.

Im Kleinen kann man das beim Vergleich von Kommunen, die nebeneinander liegen, beobachten. Die vergleichende Betrachtung zeigt, dass die Integrationsfähigkeit eines Dorfes oder einer Stadt oft von einer überschaubaren Gruppe von Personen abhängt, die sich für die Integration engagieren oder aber gegen die „Fremden“ Stimmung machen. Wo letzteres der Fall ist, wo gar ein fremdenfeindliches Klima herrscht, wie das in einigen Gegenden der neuen Bundesländer der Fall ist, ist die Obergrenze der Integrationsfähigkeit sehr früh erreicht bzw. sie liegt, was rechtsextremistische Gruppierungen zu bewirken versuchen, bei null. In dieser Hinsicht weisen zivilgesellschaftlich fundierte

Demokratien eine große Verwundbarkeit auf, und die ist jenseits von Markt- und Zivilgesellschaft nur mit den Instrumenten des Staates zu schließen. Das aber treibt die Kosten der Integration in die Höhe und verstärkt dadurch die Ressentiments gegenüber den „Fremden“.

Eine demokratische Entscheidung ist es dagegen, wenn solche Kommunen vor die Wahl gestellt werden, entweder demografisch zu schrumpfen und alle Folgen dessen, von der Entwertung von Haus- und Grundbesitz bis zur Ausdünnung der Infrastruktur, auf sich zu nehmen oder gemeinsame Anstrengungen zu einer gelingenden Integration zu unternehmen. Bei letzterem könnte sich dann zeigen, dass Sozialkapital im Sinne Putnams nicht nur die Voraussetzung einer leistungsfähigen Demokratie ist, sondern auch durch die Annahme von Herausforderungen selbst geschaffen werden kann.

Prof. Dr. Herfried Münkler hat den Lehrstuhl für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin inne. Er ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Von ihm erschien zuletzt „Der



Dreißigjährige Krieg, Deutsches Trauma, europäische Katastrophe“, Rowohlt: Berlin 2017. Kontakt: herfried.muenkler@sowi.hu-berlin.de

Anmerkungen

- ¹ Bei der Innovationsoffenheit der Migranten spielt freilich die kulturelle Prägung durch ihr Herkunftsgebiet eine wichtige Rolle. Da Migranten aus der arabisch-islamischen Welt eine durchschnittlich niedrigere Innovationsoffenheit haben als etwa solche aus Ostasien, ist beim Empowerment hierauf besonderes Augenmerk zu legen. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der spezifischen Integration von Frauen aus islamisch geprägten Ländern in die Aufnahmegesellschaft, und zwar in deren Arbeitsmarkt, zu.
- ² Die Ambivalenz dieser Rolle des Fremden lässt sich an den Arbeiten Werner Sombarts und der Veränderung seines Urteils über die Juden aufzeigen: Sombart hat stets deren wichtigen Anteil am Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft herausgestellt, aber während er dies zunächst mit ihrer Außenseiterrolle als Fremde verbunden hat, hat er später, schon in der Weimarer Republik, daraus immer mehr eine Rassefrage gemacht. Statt von Erneuerung und Modernisierung war nun von Zersetzung und Zerstörung die Rede. Ähnliche Umwertungen lassen sich auch zurzeit beobachten. Sie sind – mit Sombart gegen Sombart argumentiert – selbst ein Zeichen von Erschöpfung und Ermattung in gealterten Gesellschaften.

Literatur

- Boatcă, Manuela* 2016: Kapital aus Staatsbürgerschaft und die globale Strukturierung des Nationalen. In: Bude, Heinz/Staab, Philipp (Hg.): Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen. Frankfurt/New York: 137-156.
- Bude, Heinz* 2016: Globale Klassenverhältnisse. In: ders./Staab, Philipp (Hg.): Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen. Frankfurt/New York: 115-136.
- Collier, Paul/Betts, Alexander* 2007: Ge-

strandet: Warum unsere Flüchtlingspolitik allen schadet – und was jetzt zu tun ist. München: Siedler.

Ehrenberg, Victor 1965: Der Staat der Griechen. Zürich und Stuttgart: Artemis.

Francis, Emerich 1965: Ethnos und Demos. Soziologische Beiträge zur Volkstheorie. Berlin: Duncker und Humblot.

Meier, Christian 1980: Die Entstehung des Politischen bei den Griechen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Milanovic, Branco 2016: Global Inequality: A New Approach for the Age of Globalization. Cambridge: Cambridge UP.

Münkler, Herfried/Münkler, Marina 2016: Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft. Berlin: Rowohlt Berlin.

Priester, Karin 2012: Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt/New York: Campus.

Putnam, Robert 1993: Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton UP.

Putnam, Robert 2000: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon and Schuster.

Putnam, Robert 2007: E pluribus unum: Diversity and Community in the Twenty-First Century. In: Scandinavian Political Studies, Bd. 30, Nr. 2: 137-174.

Shachar, Ayelet 2009: The Birthright Lottery. Citizenship and Global Inequality. Cambridge: Cambridge UP.

Simmel, Georg 1908/1992: Exkurs über den Fremden. In: ders.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergemeinschaftung. Gesamtausgabe, Bd. 11. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 509-512.

Sombart, Werner 1913: Der Bourgeois. Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen. München und Leipzig: Duncker und Humblot.

Tarkiainen, Tutti 1992: Die athenische Demokratie. München: dtv, Wissenschaftliche Reihe.

Welwei, Karl Wilhelm 1999: Das klassische Athen. Demokratie und Machtpolitik im 5. und 4. Jahrhundert. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.